

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Perestrojka I gegen Perestrojka II  
**Autor:** Dschitschew, Wjatscheslaw  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093304>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Perestrojka I gegen Perestrojka II

Die Krise der Sowjetunion rührt nicht zuletzt daher, dass es von der Perestrojka zwei Auffassungen gibt, die nicht länger vereinbar sind. Die Perestrojka als Reform des bestehenden sozialistischen Systems hat endgültig ausgespielt, weil das System nicht reformierbar ist. Die Perestrojka als Ersetzung des Systems ist über Ansätze nicht hinausgediehen, weil die Altlasten des Apparats den Weg versperren. Jetzt wenigstens eröffnen ihr die Wahl von Boris Jelzin zum russischen Präsidenten und die Vereinbarung von neun Republiken zur Bildung einer neuen Föderation eine echte Chance, die Chance der Demokratie.

So Prof. Wjatscheslaw Daschtschew von der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Er hielt anlässlich der Verabschiedung von Dr. Peter Sager am 15. Juni in Bern das Referat zum Thema «Wohin steuert die Sowjetunion?» Die folgende Zusammenstellung beruht auf seinen Ausführungen und auf Auskünften, die er Fragestellern separat gab.

Die erste Volkswahl eines russischen Präsidenten in der ganzen Geschichte war ein Schritt in die Richtung von Demokratie und Marktwirtschaft. So haben es in ihrer Mehrheit die Wähler gemeint, die Boris Jelzin zum absoluten Mehr verholfen haben. Dass es dabei durchaus um diesen Trend geht und nicht um irgendein persönliches Charisma oder dergleichen, findet seinen Ausdruck auch in den eindeutigen Ergebnissen der gleichzeitigen Bürgermeisterwahlen von Moskau und – Sankt Petersburg. In ihrem Amt bestätigt wurden zwei ausgesprochene Vertreter der demokratischen Bewegung in dieser ihrer Eigenschaft.

## Widersprüchliche Perestrojka-Trends

Das ermöglicht einen neuen Anlauf sechs Jahre nach dem sowjetischen Neubeginn durch Gorbatschow. Was sind die bisherigen Merkmale der Perestrojka-Jahre?

- Ursprünglich war die Perestrojka, die Umgestaltung, als Erneuerung der sozialistischen Ordnung gemeint. Sie sollte die

Modernisierungstendenzen unter Andropow auf eine Reformlinie bringen. In diesem Sinn ist die Perestrojka heute am Ende, einfach deswegen, weil das System selbst nicht reformierbar ist. Auf dieses Perestrojka-Verständnis setzen heute die Sozialismusbewerber, die sogenannten Konservativen.

- Eine andere Sache ist die Perestrojka, die auf Ersetzung des Systems durch eine pluralistische und marktwirtschaftliche Ordnung zielt, was in der Tat vonnöten ist. Bis 1987/88 ergänzten die beiden Auffassungen einander. Heute sind sie voneinander geradezu durch eine Wasserscheide getrennt.

- Die Glasnost, das Prinzip der Offenheit und Öffentlichkeit, hat einen frühen Triumphzug angetreten, aber wiederum scheiden sich die Geister bei der Frage, wie sie sich konsequent auswirken soll. Eingeführt wurde sie nicht zur Ermöglichung einer politischen Opposition, sondern im Gegenteil als deren Ersatz; er sollte der herrschenden Partei lediglich eine diagnostische Hilfestellung bieten. Dass es damit nicht sein Bewenden haben kann, hat sich dann

## In dieser Nummer

Wie hilft der Westen? .....	5
Die kritische Lage in der Sowjetunion	
Die grossen Lügen .....	6
des Grossen Vaterländischen Krieges	
Charakteristik, Einbettung und Ablösung .....	8
Prof. Dominicé zur schweizerischen Neutralität	
Abschied und Zwischenbilanz .....	10
Peter Sager vor dem SFD-Fördererverein	
Herausforderungen der Stiftung für Demokratie ..	13
Wo die SFD ihre Aufgaben sieht	
Leserwettbewerb .....	16
zur Gewinnung von Zeitbild-Abonnenten	
Zwischenbericht zum Projekt Danke .....	16
Die Gastfamilien für alliierte Soldaten sind gefunden	



Prof. Wjatscheslaw Daschtschew (Jahrgang 1925) leitet die Abteilung Internationale Beziehungen am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Der Historiker und Germanist hatte eine kontinuierliche akademische Laufbahn (unter anderem als Professor an der Moskauer Universität) und eine abgebrochene militärische Laufbahn. Als Oberst wurde er 1970 aus dem Armeedienst entlassen, weil er öffentlich gegen die Restalinisierung des Staates aufgetreten war.

Alle Aufnahmen zum SFD-Anlass: Jacques Baumgartner

gezeigt, aber in der Partei verschliesst man sich der Folgerichtigkeit.

- Die KPdSU hat die Reformen zwar verkündet, aber sie ist zugleich das Haupthindernis für eine echte Umwandlung. Das ist nur folgerichtig. Alles, was zur Demokratie führt, wird unvereinbar sowohl mit der Macht als auch mit der Ideologie der Partei.

- Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU und Präsident der UdSSR, nimmt insofern eine Mitte ein, als er beiden Perestrojka-Auffassungen gerecht werden will. Da sie einander abstoßen, pendelt er hin und her. Seine Halbherzigkeit hatte ungewollte Folgen. Sie führte zu einer mächtigen Bewegung der verschiedenen Nationen, und sie stürzte den zentralen Staat in eine Krise.

- Dabei laviert Gorbatschow keineswegs ungeschickt. Zu Grundpositionen verhält er sich nach dem tagespolitischen Bedarf. Bald verteidigt er sie, und bald gibt er sie preis. Er ist bald ein Allende und bald ein Pinochet, bald ein Luther und bald ein Papst. So aber wird der gute Taktiker zum schlechten Strategen. Die ständige Verunsicherung hat den Verwaltungsapparat richtiggehend gelähmt.

- Die Weigerung, sich für die demokratische Option zu entscheiden, auch wenn man mit ihr sympathisiert, ist eine durchaus verbreitete Erscheinung und vertieft die Krise.

- Indessen hat sich in der fraglichen Periode das Kräfteverhältnis insgesamt zugunsten der Systemersetzung geändert. Das gilt insbesondere für die Jugend, welche die sogenannten radikalen Reformer unterstützt.

- In einem Punkt hat sich das neue Denken bereits entscheidend durchgesetzt, in der aussenpolitischen Linie. Das ermöglichte unter anderem die Freigabe der osteuropäischen Länder mit dem *Fait accompli*, dass das sozialistische Lager nicht mehr besteht.

## Was blieb vom System?

In der Sowjetunion stellt sich die Frage nach Bestand und Zustand des Sozialismus ernstlich. Was ist vom System noch da? Wieviel davon ist reaktivierbar? Das ist zusammengekommen eine Preisfrage, aber sektoral lässt sie sich beantworten.

Die Stützen des Systems sind die Ideologie, das Machtmonopol der Partei (mit seinen Instrumenten von Sicherheitsdienst, Armee und Polizei), das Staatseigentum und die Planwirtschaft.

Die Ideologie ist diskreditiert und motiviert niemanden mehr, was für alle Stufen der Bevölkerung gilt. Das ist deshalb von vorrangiger Wichtigkeit, weil sie die Rechtfertigungsgrundlage für alles war, was das System hervorbrachte.

Das KP-Monopol mit seinen Machtinstrumenten ist angeknackt, aber nicht zerbrochen. Diesbezüglich hat die Wende nicht entscheidend stattgefunden, und das behindert oder verhindert ein normales politisches Leben.

Das schlecht verwaltete Staatseigentum beherrscht nach wie vor die Szene und lässt die legalen Alternativen nicht aufkommen. Damit fehlt eine Grundbedingung zur wirtschaftlichen Sanierung.

Am Kommandosystem der zentralen Planwirtschaft hat sich etwas verändert, aber nicht viel. Für die Fünfjahrespläne wurde trotz ihrer offensichtlichen Untauglichkeit kein Ersatz angeboten. Das Betriebsgesetz von 1987 hat zwar die Entscheidungskompetenzen von den Ministerien weg auf die Unternehmungen verlagert, aber seine Umsetzung missriete, weil es den Bürokraten logischerweise nicht gegeben war, ihre eigene Entmachtung voranzutreiben. Die Preise werden nach wie vor willkürlich festgelegt, statt sich aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu bilden. Das Gegenstück hierzu ist der wildwuchernde Schwarzmarkt, der für eine Dauerkollision mit den amtlichen Vorschriftenpreisen sorgt, was die Geldverhältnisse vollends chaotisch macht. Der Rubel ist nicht frei konvertierbar, und niemand weiss, was er wert ist.

## Restauration unmöglich

Allen Beteiligten ist es einsichtig, dass der gegenwärtige Zustand des Systems unhaltbar ist. Entweder wird es wiederhergestellt, oder es wird abgeschafft. Dazwischen gibt es nichts, was sich als Lösung bezeichnen liesse. Tatsächlich haben sich die Kräfte in den letzten zehn Monaten entsprechend dieser Alternative polarisiert.

Wie steht es mit der Möglichkeit einer Restauration? Es ist gerade noch denkbar, dass sie mittels Waffengewalt durchgesetzt würde. Aber sie könnte danach nicht lange hinhalten. Das alte System ist in allen seinen Strukturen ein funktionsunfähiges Wrack, und es lässt sich nicht dadurch wieder flott machen, dass man ihm noch mehr Kanonen auflädt.

Ich bin heute nicht einmal mehr so sicher, dass der Versuch durchführbar ist. Ende 1990 bestand diesbezüglich eine reale Gefahr, aber sie ist seither stark geschwunden.

Dann hat sich der schlechte Zustand des Systems mit etwas Verspätung auch auf seine Machtinstrumente übertragen. Ich nenne als wichtiges Beispiel die Armee mit ihrem imposanten Bestand von viereinhalb Millionen Mann. Vor drei Jahren noch war sie in einem umsturzfähigen Zustand. Inzwischen

*Fortsetzung auf Seite 4*

## LIEBE LESER

Dass die Einwohner von Leningrad in ihrer Mehrzahl entschieden haben, solle ihre Stadt wieder St. Petersburg heissen, ist nur ein Symptom, aber was für eines.

Noch ist die Umbenennung keine amtliche Tatsache. Die Abstimmung hatte konsultativen Charakter, und wer in letzter Instanz über ihre Verwirklichung befinden wird, ist ein Streitpunkt. Der vorherrschenden Meinung, es sei das russische Parlament, widerspricht die KPdSU, welche die Zuständigkeit des sowjetischen Volksdeputiertenkongresses formuliert, der bestellt worden ist, bevor es noch wirklich freie Wahlen gab.

Aber wie immer: Das atmosphärische Zeichen, das die Leningrader gesetzt haben, ist gewaltig. Es zeugt für den breiten Mentalitätswandel, von dem auch Wjatscheslaw Daschtschew in seinem heutigen Beitrag spricht. Dabei hätten die praktischen Gründe abseits von jeder ideologischen Affinität für die Beibehaltung des bisherigen Namens gesprochen. Die Umbenennung wird Milliarden kosten, in einer Zeit, da es an Mitteln für eine Menge dringlicher Dinge fehlt. Ferner ging es um die Rückkehr zu einem Namen, der nicht nur historisch ist, sondern auch deutschsprachig, und wenn irgendwo die Allergie gegen dergleichen als mächtig vermutet werden durfte, dann in dieser Stadt, die im 2. Weltkrieg von den Deutschen belagert und ausgehungert worden war. Das alles macht die Absage an das Symbol nur um so grösser.

Der Perestrojka als Revolution von oben war bis vor kurzem noch die Schwierigkeit zuerkannt worden, «unten» mitgetragen zu werden. Man könne den Massen, so ging die Überlegung, nicht über Nacht ihre Leitbilder wegnehmen und sich hauptbeispielsweise an Lenin und dem Leninismus vergreifen, denn so etwas würden die Leute ganz einfach nicht verstehen; da seien sie für Jahre und Jahrzehnte noch anders geprägt. Deshalb müsse die Führung mit dem Abbau der bisher geltenden Vorstellungen vorsichtig sein und dürfe nichts übereilen. Insbesondere habe sie Distanz zu wahren vor dem Drängen der intellektuellen Neuerer, denen die Volksnähe abgehe.

Das alles war plausibel genug, aber es wurde von den Massen selbst immer deutlicher widerlegt, wann immer die Erprobung möglich wurde. Sie, die mutmasslichen Beharrungskräfte, überholten die Parteireformer, welche anfänglich an der Spitze der Bewegung gewesen waren und nunmehr ins Hintertreffen gerieten. Die Abstimmung in Leningrad bestätigte diese Verlagerung deutlicher, als die meisten erwartet hatten.

*Christian Brügger*

**Perestrojka I gegen Perestrojka II**

Fortsetzung von Seite 3

hat sie ihren monolithischen Charakter verloren. Die junge Generation der Offiziere stellt heute in einem erheblichen Ausmass eine demokratische Kraft dar. Es gibt bereits die Offiziersgewerkschaft «Schtschit» (Schild). Sie ist zunächst als soziale Selbsthilfeorganisation entstanden (die Leute sind miserabel bezahlt und untergebracht), aber heute ist sie politisiert und gehört zur demokratischen Bewegung. Falls man der Armee den Eingriffsbefehl zur Ordnungswiederherstellung geben sollte, ist es eine offene Frage, wie weit er befolgt würde.

**Das Programm der Ordnungsablösung**

Wenn die Restauration bis auf einen knapp möglichen Tagessieg keine Chance hat, wie steht es mit der Fortführung der Perestrojka? Hier ist auf unsere einleitende Unterscheidung zurückzukommen. Die Perestrojka im Sinn einer Systemreform ist an ihr Ende gekommen, und dementsprechend haben ihre Befürworter, die «Konservativen», weder eine Zukunft noch eine Vorstellung der Zukunftsgestaltung. Sie nach ihrem Programm zu fragen, erübrigt sich.

Demgegenüber hat die Opposition zur KPdSU, die demokratische Bewegung, die Absicht und den Willen, zu Lasten der vorhandenen Ordnung eine pluralistische und marktwirtschaftliche Ordnung einzuführen. Ihr Programm umfasst folgende Punkte.

- Ersetzung der Staatsverfassung von 1977. Die bisherige Neuformulierung einzelner Artikel schafft Widersprüche zum Gesamttext und sorgt für ein rechtliches Chaos vom Grundgesetz an abwärts.
- Schaffung eines politischen Mehrparteiensystems mit gleichen Rechten für alle Parteien.
- Entpolitisierung von Armee und Sicherheitsdienst. Beide Instrumente müssen dem Land dienen statt wie bisher der Partei.
- Abschaffung der bisherigen Sowjets auf allen Ebenen. Sie sind überall durch eine klare Zweiteilung von Legislative und Exekutive zu ersetzen.
- Einführung der Marktwirtschaft. Dieser Punkt ist der fehlenden Voraussetzungen

wegen äusserst schwer zu realisieren. Man kann nicht die Privatisierung befürworten und sich gleichzeitig gegen die konsequente Entstaatlichung sträuben. Das nominelle Volkseigentum ist vom Staat, seinerseits in den Händen der Machthaber, geraubt worden und muss, wie es im Schlagwort heisst, «zurück an das Volk» gehen. Aber wie? Die Unternehmen sind eigenständig zu machen. Dieser Erkenntnis haben auch die Systemreformer nachzuleben versucht. Nur liessen sie das systemgerechte Umfeld unangetastet, das die unternehmerische Selbstverantwortung gar nicht zulässt. Ferner ist das Verhältnis Produzent-Konsument durch eine Unzahl staatlicher Zwischenaktivitäten nachhaltig gestört. Nichts spielt normal, und zu allen strukturellen Hindernissen kommen die Folgen der bisherigen Menschenhaltung. Die Ideologie hat, wie gesagt, ihren Griff verloren, aber das bedeutet nicht, dass die jahrzehntelange Lebensgestaltung in ihrem Namen keine Spuren zurückgelassen hätte. Den spezifischen Sowjetbürger mit seiner spezifisch verstümmelten Mentalität, den gibt es, und auch er ist ein Faktor, den man mit der Demokratie erst vereinbar machen muss.

- Ablösung der UdSSR durch die Neugründung eines freiwilligen Staatenbundes nach EG-Vorbild. Das entspricht dem Vorschlag, den die Litauer schon 1988 gemacht hatten, und wäre das Zentrum darauf eingegangen, könnte die künftige Ländergemeinschaft wahrscheinlich mit sechs Mitgliedern mehr rechnen. Immerhin hat man, wenn leider auch mit grosser Verspätung, den richtigen Weg eingeschlagen. Die kürzliche Vereinbarung der neun vertragswilligen Republiken mit Gorbatschow ist der erste Schritt in diese Richtung, und die demokratische Bewegung begrüsst ihn. Aber sie wird noch zu kämpfen haben, damit der endlich geöffnete Weg nicht wieder verbaut wird.

**Personen und Präsidenten**

Wie lassen sich die Kräfte, die einander gegenüberstehen, personifizieren? Ich nenne am Hauptbeispiel Russlands, der RSFSR, einige Namen.

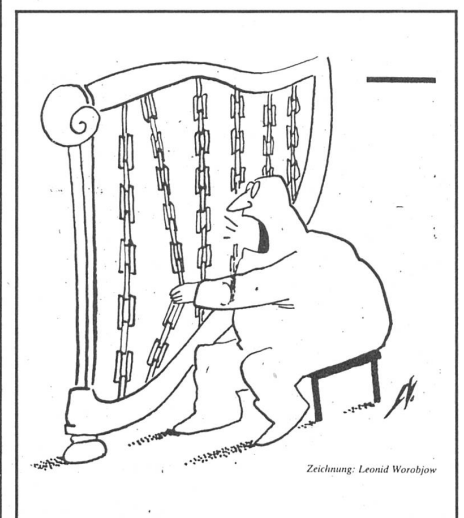
Bannerträger der sogenannten Konservativen war lange Zeit Jegor Ligatschow. Seit seiner Entfernung aus dem Politbüro der Partei ist er aber eine politische Leiche. Der ehemalige SU-Ministerpräsident Nikolai Ryschkow hat eben jetzt die Wahlen um die russische Präsidentschaft so deutlich verloren, dass seine Rolle als Bezugsperson fraglich geworden ist. Exponenten sind ferner der intelligente Valentin Falin, der «Partei-Aussenpolitiker» im Zentralkomitee, und der sture Iwan Poloskow, der Chef der Russischen KP. Die institutionellen Bremser in Armeeführung und so weiter können, was ihr eigenes Denken angeht, ebensogut anonym bleiben.

Auf der Seite der sogenannten Radikalreformer gibt es eine Menge profilierter Persönlichkeiten. Ich nenne hier General Dmitri Wolkogonow (Stalin-Biograph), den Historiker Alexander Jakowlew, die Ökonomen Grigori Jawlinski und Stanislaw Schatalin (siehe sein Beitrag für Zeitbild in der letzten Nummer) und die Soziologin Tatjana Saslawskaja. Die berühmtesten Amtsinhaber sind Gawril Popow und Anatoli Sobtschak, die Stadtpräsidenten von Moskau und Leningrad/Petersburg. Sie alle haben sich jetzt um den neuen russischen Präsidenten geschart, um Boris Jelzin.

Diese Sammlung eröffnet jetzt eine Chance, die von der demokratischen Bewegung bisher gründlich verpasst wurde, die Chance zur Bildung einer Massenopposition zur KPdSU. Viel zu lange haben sich die demokratischen Kräfte den Luxus einer Vielzahl von Gruppierungen und Grüppchen geleistet. Sie lebten ihren ideellen Pluralismus aus, ohne sich um politische Aktionseinheit zu kümmern, und gerade dieser hätte es bedurft, als Gegengewicht zur KPdSU mit ihrem gewaltigen Instrumentarium. So wurde die Zeit, die an sich zugunsten der demokratischen Bewegung arbeitete, schlecht genutzt, aber das wird sich vielleicht ändern; besser spät als nie.

Das kann auch Gorbatschow helfen, die Wende herbeizuführen, statt etwas reformieren zu wollen, was seit 1988 ersichtlicher Weise nicht mehr reformierbar ist. Ende 1990 schlug er sich auf die falsche Seite, als er seine besten Berater und Mitstreiter auf Druck der Konservativen und der Militärs fallen liess. Das war die verkehrte Bewältigung der Krise, in die das Land auch wegen seiner Versäumnisse zuvor geschlittert war. Indessen hat er in der Frage des Föderationsvertrags entscheidend umgedacht, und das lässt darauf schliessen, dass das unmögliche Gespann Gorbatschow/Jelzin doch noch den Karren aus dem Dreck zu ziehen vermöchte. Als vielleicht letzte Chance.

*Zusammenfassung: Christian Brügger*



*Zeichnung: Leonid Worobjow*

«Neue Zeit», Moskau, Nr. 11/1991